



Links.Blick

3. Ausgabe / Juli 2018

DIE LINKE Zeitung aus Cottbus

Kindertagesbetreuung in guter Qualität und schrittweise beitragsfrei

Die Kindertagesbetreuung leistet einen wichtigen Beitrag zur Zukunftssicherung des Landes und sie ist aus sozial- sowie familienpolitischer Sicht von großer Bedeutung. Gute Bildung, liebevolle Betreuung und auch angemessene Erziehung sind Tag für Tag Richtschnur des Handelns der vielen Angestellten in den zahlreichen Kindertagesstätten. Den landesweit 20.000 Erzieherinnen und Erziehern in den 1.900 Einrichtungen gelten unser Respekt und unsere Anerkennung.

Kindertagesbetreuung ist laut Gesetz eine Selbstverwaltungsaufgabe der Kommunen. Die Pflicht zur Bereitstellung von ausreichend Kita-Plätzen sowie die dazugehörige Planungsverantwortung liegen in Cottbus bei der Stadtverwaltung. Das Land unterstützt die Kommunen bei der Wahrnehmung dieser Aufgabe finanziell in einem erheblichen und steigenden Ausmaß. Die Zuschüsse des Landes wurden, seitdem DIE LINKE in Regierungsverantwortung ist, auf 480 Mio. € p.a. angehoben und damit seit 2009 ver-

vierfacht. Die Verbesserung des Personalschlüssels wurde ausschließlich vom Land getragen. Ebenso wurde in dieser Legislatur die Freistellung für Leiterinnen verbessert, 100 zusätzliche Stellen für Kita´s mit besonderen Bedarfen finanziert und 10 Mio. € für Investitionen bereitgestellt. Hinzu kommt der Einstieg in die Elternbeitragsfreiheit für alle Kinder.

**Gleiche Startchancen.
Für alle:
Beitragsfreie KiTa!***



*Der Einstieg ist mit dem Landtagsbeschluss zum beitragsfreien letzten KiTa-Jahr geschafft. Wir machen weiter!

Trotzdem gab es gleichzeitig öffentliche Proteste von Kita-Trägern im Land. Warum? Auch wenn in den vergange-

nen Jahren viel für die frühkindliche Bildung und Betreuung getan wurde, ist der tatsächliche Bedarf noch immer nicht vollständig gedeckt. So gibt es seitens der Träger Forderungen nach weiterer Verbesserung des Betreuungsschlüssels und einer stärkeren Finanzierung des Landes der Betreuungszeiten von mehr als sechs Stunden. Fakt ist jedoch, dass das Land nicht die Betreuungszeiten von Kindern oder die Öffnungszeiten von Einrichtungen begrenzt.

Aufgrund der Berufstätigkeit zumeist beider Elternteile und gestiegenen Fahrzeiten haben auch die Betreuungsumfänge in den vergangenen Jahren zugenommen. Derzeit werden die konkreten Zahlen durch das zuständige Ministerium ausgewertet. DIE LINKE kämpft für eine weitere Verbesserung der Betreuungsqualität in den Einrichtungen. Noch in dieser Legislaturperiode wird es weitere Schritte in diese Richtung geben.

Matthias Loehr, Landtagsabgeordneter und Kita-Ausschussvorsitzender

Arbeitsmarkt:

Das Callcenter-Unternehmen Arva hat einen massiven Stellenabbau an seinen ostdeutschen Standorten angekündigt – auch in Cottbus. Ein Beitrag der Betriebsratsvorsitzenden.

Seite 3

Arbeitsreich:

Der Parteitag der LINKEN traf sich in Leipzig. In der Berichterstattung gingen zahlreiche wichtige Themen unter. Ein Blick über den Migrationskonflikt hinaus aus Sicht von Delegierten.

Seite 5

Arbeitsgespräch:

Der Bundespräsident hat sich mit den Fraktionsvorsitzenden in der Cottbuser Stadtverordnetenversammlung getroffen. Ein Gesprächsteilnehmer berichtet.

Seite 7

kommentiert: AfD – nur ein Vogelschiss?

Ein Kommentar von Eberhard Richter



Anfang Juni – ein Herr Gauland erklärt den zweiten Weltkrieg, Millionen fabrikmäßig ermordete Juden, Sinti und Roma, zig Millionen tote Kinder, Frauen und Männer, krepierete Soldaten aus vielen Ländern und massenhaft zerstörte materielle und kulturelle Werte zu

einem Vogelschiss der Geschichte. Eine Zeit finsterster Unmenschlichkeit ist für ihn etwas, das, wie ein Vogelschiss, leicht weggewischt werden kann.

Es passt zu seiner Forderung, die „Leistungen“ deutscher Soldaten aus zwei Weltkriegen endlich anzuerkennen. Er passt damit gut zu anderen Führungsfiguren (vielleicht besser Führer-Figuren?) dieser Partei.

Einem Herrn Höcke, der das Holocaust-Denkmal als Schande bezeichnet und einer von Storch,

die zur Not an Grenzen auch auf Kinder schießen lassen will. Nein, Geschichte lässt sich nicht wegwischen. Geschichte bleibt. Für immer. Geschichte und ihr Verständnis muss zu Verantwortung führen. Für die Nachgeborenen nicht im Sinne von Schuld, aber von Schuldigkeit, dafür zu sorgen, dass sich so was nicht wiederholt.

Jede und jeder, der sich von so einer Partei nicht distanziert, stellt sich zu ihnen. Wer denen nachläuft, wird wohl wieder zum Mitläufer – mit allen Konsequenzen. Somit ist auch die AfD kein Vogelschiss.

kommentiert: Über Kriminalität und mediale Verantwortung

Ein Kommentar von Christopher Neumann



Beim Blick in manch regionale und bundesweite Berichterstattung der vergangenen Monate könnte man den Eindruck gewinnen, die Stadt Cottbus

gliche einem Schlachtfeld. Horden von Ausländern ziehen durch die Stadt, vergewaltigen und stechen zu. Gleichzeitig erhebt sich ein rechter Mob und hat Cottbus fest im Griff.

Sicherlich – ganz so drastisch stellt es die Presse nicht dar. Aber dieser Eindruck wird erzeugt, wenn Artikel und Berichte über die sogenannten „sozialen Netzwerke“ multipliziert werden. Höchste Zeit also, zu den Fakten zurückzukehren.

Die Kriminalstatistik für den Bereich der Polizeiinspektion Cottbus/Spree-Neiße zeigt auf: Im Jahr 2017 ging die Zahl der Straftaten in Cottbus um

16,3% zurück. Die Stadt wird also sicherer und gleichzeitig entsteht der genannte Eindruck von Unsicherheit in Teilen der Bevölkerung.

8% der im Jahr 2017 in Cottbus begangenen Straftaten werden ausländischen Tätern zugerechnet. Bei einem Ausländeranteil von 8,3% der Gesamtbevölkerung kann man also schlussfolgern: nichtdeutsche Mitmenschen sind genauso kriminell oder gesetzestreu wie Deutsche. Die Berichterstattung über Straftaten stellt also ein verzerrtes Bild dar. In

der Konsequenz nutzen rechte Gruppierungen die publizierten Artikel für Ihre Argumentation und verstärken diese Eindrücke über ihre Kanäle.

Deshalb: Zurück zu den Fakten und Schluss mit der Berichterstattung nach Hautfarbe oder Religion. Das spielt nur den Gegnern einer freien und liberalen Gesellschaft von AfD bis Zukunft Heimat in die Hände. Übrigens: Rechte waren für 81% der politisch motivierten Straftaten in Cottbus verantwortlich. Warum diesen auch noch einen Dienst erweisen?

Ziemlich fies von dem da oben, tausende Planeten herzustellen und dann auf dem kleinsten lauter Idioten zusammen zu sperren ...

Bernd-Ingo Friedrich



Horrorszenario – Arvato Standort Cottbus am Ostrower Damm schließt

Wie bereits mehrfach in den Medien berichtet, hat der Bertelsmann Konzern im Mai 2018 mitgeteilt, dass man 7 Standorte in Brandenburg, Sachsen, Sachsen-Anhalt und Thüringen im Jahr 2019 schließen wird. Betroffen sind fast 1.000 Mitarbeiter der Arvato-Standorte.

Als Grund für diese Entscheidung wird der neue Vertrag mit dem Auftraggeber Telekom ins Feld geführt. Das damit verbundene sinkende Auftragsvolumen könne nicht mit den derzeitigen Standortstrukturen kompensiert werden.

Telekom ist das entscheidene Stichwort: Viele der Mitarbeiter der betroffenen Standorte sind ehemalige Telekom-Mitarbeiter, welche bereits 2004 aus dem Konzern ausgegliedert wurden. Aber damit nicht genug. Bereits Ende 2006 wurden diese Mitarbeiter an einen Call Center Betreiber verkauft. Und im Jahr 2014, nach Insolvenz dieses Unternehmens, ging es erneut im Verkauf an die Bertelsmann Tochter Arvato CRM.

Jeder Verkauf wurde von der Telekom mit getragen. Jeder Verkauf wurde mit einem Vertrag seitens der Telekom an die neuen Arbeitgeber verknüpft. Gegenüber der zuständigen Gewerkschaft ver.di gab es immer das Statement, dass man sich der sozialen Verantwortung für die ehemaligen Telekom-Mitarbeiter bewusst ist und

dieser auch nachkommt. Diese Mitarbeiter bekommen nun das Ende dieser sozialen Verantwortung zu spüren.

Bertelsmann hat Verhandlungen zu einem Interessenausgleich und Sozialplan angeboten. Jeder, der selbst von diesem Horrorszenario mal betroffen war, weiß, was dies bedeutet. Sicher kann man somit soziale Schäden mil-

pektiven zu schaffen. Zukunftssichere Perspektiven waren auch die Versprechen, die man den Mitarbeitern nach dem Verkauf durch die Telekom gab. Perspektiven suchen jetzt diese Mitarbeiter. Die Betriebsräte der Standorte suchen Alternativen.

Zwei große Konzerne spielen hierbei eine üble Rolle: Bertelsmann, der gern



Der Lack ist ab. Die Bertelsmann-Tochter Arvato entzieht sich ihrer sozialen Verantwortung. (Foto: Christopher Neumann)

den. Aber mit einem Altersdurchschnitt von 48 Jahren am Standort sind viele der Mitarbeiter nicht mehr vermittelbar - zu alt für den Arbeitsmarkt. Nach mehrmaligem Verkauf, Entgeltverlusten und Ängsten um die Arbeitsplätze ist die Telekom als Auftraggeber für Arvato mit dem neuen Vertrag der Sargnagel für die Standorte.

Bertelsmann hat es versäumt, für die Beschäftigten in diesen Betrieben über Restrukturierungsmaßnahmen Pers-

mit sozialen Engagement für sich wirbt und die Telekom, ein Unternehmen, dass sich zu 15% im Besitz der Bundesrepublik Deutschland befindet. Beide verzichten

auf gut ausgebildetes Personal, mit langer Berufserfahrung und Kenntnissen.

Aus Arbeitnehmersicht ist dies ein langsamer sozialer Abstieg, der sich einseitig auf dem ostdeutschen Arbeitsmarkt abspielt. Bertelsmann und Telekom stehen sich hier aus ihrer sozialen Verantwortung.

*Simona Gollasch
Betriebsratsvorsitzende Arvato
Services Cottbus GmbH*

Bertelsmann: Soziale Standards beachten – Mitarbeiter fair behandeln!

Arvato Services beabsichtigt zum 30. April 2019 seine Niederlassungen in Cottbus, Leipzig, Gera und zum 30. Juni 2019 die Bereiche in Dresden, Halle, Suhl und Magdeburg zu schließen. Insgesamt sind 950 Jobs in Gefahr.

Als Begründung erklärte ein Unternehmenssprecher: „Insbesondere strukturelle Rahmenbedingungen wie Personalkosten, Produktivität, Größe und Abhängigkeit von einzelnen Auftraggebern führen dazu, dass eine wirtschaft-

liche Fortführung des Servicecenters in Cottbus leider nicht möglich ist“.

Vor dem Hintergrund, dass die Beschäftigten lediglich den Mindestlohn erhalten, ist diese Aussage unerhört und nicht hinnehmbar. Auch hält es DIE LINKE für einen Skandal, dass von den sieben in Rede stehenden Standorten, die geschlossen werden sollen, ausschließlich ostdeutsche Städte betroffen sind.

Ende Juni hat Bertelsmann bekannt gegeben, sich auch von seiner Tochter Arvato CRM trennen zu wollen. Dieser Verkauf betrifft insgesamt rund 36.000 Mitarbeiter.

Wir stehen an der Seite der Belegschaft, unterstützen die Forderungen von ver.di und appellieren an Bertelsmann, seiner sozialen Verantwortung sowie seinen eigenen Grundwerten gerecht zu werden.

Matthias Loehr, Kreisvorsitzender

Gemeinsam mehr werden. Gerechtigkeit ist machbar.

Die 1. Tagung des 6. Bundesparteitages der LINKEN vom 8. Juni bis 10. Juni 2018 in Leipzig ist Geschichte. Aus den Reihen des Kreisverbandes Lausitz verfolgten u. a. Anke Schwarzenberg, Mathias Kroll, Christopher Neumann und Florian Szonn als Delegierte das Geschehen. Wir wollen sie zu einigen Inhalten und Ergebnissen befragen:

Der Parteitag war neben den Wahlen zum Parteivorsitz und zum Bundesvorstand geprägt von Diskussionen über wesentliche Inhalte und Standpunkte linker Politik in der gegenwärtigen Zeit. Was waren aus Deiner Sicht die bemerkenswertesten Aspekte?

Christopher Neumann: Der aus meiner Sicht wichtigste inhaltliche Schwerpunkt in Leipzig war der „Pflegernotstand“. Es ist erschreckend, wie fahrlässig die Bundesregierung mit diesem Thema umgeht. Beschäftigte und Patienten erfahren täglich die Folgen einer jahrzehntelangen schlechten Gesundheitspolitik.

DIE LINKE fordert u. a. eine gesetzliche Personalbemessung, damit Krankenhäuser und Pflegeeinrichtungen endlich ausreichend Mitarbeiter vorhalten müssen. Außerdem soll ein Pflegemindestlohn von 14,50 EUR für mehr Attraktivität und eine gerechte Bezahlung sorgen.

Auf dem Parteitag sprachen auch die prominentesten Vertreter der LINKEN wie Bernd Riexinger, Katja Kipping, Dietmar Bartsch, Sahra Wagenknecht, Gregor Gysi und Bodo Ramelow. Gab es Aussagen, die für Dich neu oder überraschend waren?

Mathias Kroll: Ja. Katja Kippings Dank an die ältere Generation in unserer Partei: „Da sind jene, die nach 1989 sich nicht damit abfinden wollten, dass der Kapitalismus das Ende

der Geschichte ist. (...) aus tiefsten Herzen möchte ich Euch heute sagen: Danke, dass Ihr den demokratischen Sozialismus nicht aufgegeben habt...“ und Bodo Ramelows Vorschlag: „... zum Beispiel Mehrwertsteuer senken für alles, was für Kinder ist...“

Ein Antrag an den Parteitag wollte den Entwicklungen der Gegenwart durch eine neue Programmdebatte Rechnung tragen. Er wurde aber nach Abstimmung nicht behandelt. Eine Niederlage vor allem für die jungen Parteimitglieder?



Florian Szonn: Nein, nicht nur für „junge Parteimitglieder“. Es war eine Niederlage für ALLE Parteimitglieder, die nach 2011, dem Jahr des Erfurter Parteiprogramms, eingetreten sind.

Wenn wir echte Teilhabe wollen, dann können wir nicht einfach eine so wichtige Debatte und alle Mitglieder abkanzeln, die sich daran beteiligen wollen. Gleichzeitig müssen wir dem Umstand Rechnung tragen, dass es kaum Leitlinien für die „neueren“ Probleme der letzten 10 Jahre gibt.

Mit Daniela Trochowski, Tobias Bank und Thomas Nord wurden 3 Brandenburger in den 44-köpfigen Parteivorstand gewählt. Sind damit die Brandenburger Interessen innerhalb der Partei ausreichend vertreten?

Anke Schwarzenberg: Mit unseren drei gewählten Brandenburgern sind wir gut vertreten, um die ostdeutschen und brandenburgischen Fragestellungen in den Bundesvorstand einzubringen. Denn Brandenburg ist geprägt von ländlichen Regionen mit großer Abwanderung in urbane Räume.

Zum Schluss, was nehmt Ihr persönlich aus den Tagen in Leipzig für die weitere politische Arbeit mit in die Lausitz?

Anke Schwarzenberg: Deutlich wurde, dass wir innerhalb der Partei großen Diskussionsbedarf zu den Themen Flüchtlingspolitik und Europapolitik haben. Hier müssen wir in Zukunft intensiver miteinander reden.

Christopher Neumann: Der Parteitag hat inhaltliche Widersprüche in unserer Mitgliedschaft aufgezeigt. Hier müssen wir verstärkt Debatten führen. Das muss nichts schlechtes sein: Bei uns entscheiden die Mitglieder über die Inhalte. Sich bei uns einzubringen lohnt sich also.

Florian Szonn: Wir sollten uns dringend mit der Zukunft des Erfurter Programms auch hier bei uns auseinandersetzen und dann hierzu die Diskussion an der Basis aufmachen, wenn nicht auf dem Parteitag.

Mathias Kroll: Wir wollen die vielen guten Ideen in unserer Partei für eine soziale und kinderfreundliche Gesellschaft den Bürgerinnen und Bürgern in Cottbus besser bekannt machen.

Das Hartz-System beseitigen

**Ein Kommentar von Bernd Rie-
xinger, Parteivorsitzender der
LINKEN**

Seit einigen Wochen wird in der Öffentlichkeit über Alternativen zu Hartz IV diskutiert. Das ist löblich, denn Hartz IV bedeutet für Millionen Menschen Enteignung und Erniedrigung. Weder schützt das Gesetz vor Armut noch eröffnet es berufliche Perspektiven. Die bisherigen Vorschläge aus der SPD bieten jedoch keine umfassende Lösung, weil sie das Übel nicht an der Wurzel packen.

Hinzu kommt die konzeptionelle Uneinigkeit innerhalb der SPD. So hält Arbeitsminister Hubertus Heil (SPD) Lohnzuschüsse an Unternehmen für ein probates Mittel, um Langzeiterwerbslose in Jobs zu bringen. Doch damit würden Billig-Arbeitsplätze mit Steuergeld aufgestockt, das Lohndumping der Unternehmen würde subventioniert.

Indem die SPD ihre Vorschläge als Alternativen zu Hartz IV deklariert und ihnen klangvolle Namen - etwa solidarisches Grundeinkommen - gibt, kaschiert sie ihre Mittäterschaft

an einem der brutalsten Gesetze, die in der Bundesrepublik beschlossen wurden. Zumindest Vizekanzler und Finanzminister Olaf Scholz hat konsequenterweise klargestellt, dass die SPD an den Kernprinzipien von Hartz IV festhalten werde.

Die mehr als sieben Millionen Menschen, die auf diese staatliche Hilfe angewiesen sind, und die vielen Kin-



der und Jugendlichen, die mit Hartz IV aufwachsen, haben mehr verdient als Etikettenschwindel. Es ist Zeit, das Hartz-System zu beseitigen.

Im Kampf gegen Erwerbslosigkeit soll ein Programm für öffentliche Investitionen in Höhe von 120 Milliarden Euro helfen. Bund, Land und

Kommunen können dann im öffentlichen Dienst tarifgebundene Beschäftigungsverhältnisse schaffen, etwa in Kitas, Grünflächenämtern, Bibliotheken, Nachbarschaftszentren. Die Finanzierung dieses Programms beruht auf einer angemessenen Besteuerung von Kapitaleinkünften, großen Vermögen, Erbschaften und Finanztransaktionen.

Insbesondere Langzeitarbeitslosen muss der Einstieg in das Erwerbsleben durch einen öffentlichen Beschäftigungssektor erleichtert und somit Brücken aus der Erwerbslosigkeit geschaffen werden. In diesen Jobs sollen ausschließlich gemeinwohlorientierte Tätigkeiten verrichtet werden, zusätzlich zum öffentlichen Dienst. Dabei ist wichtig, dass dies freiwillig, qualifikationsfördernd und tariflich abgesichert geschieht.

Schlussendlich muss Hartz IV abgeschafft und durch eine sanktionsfreie Mindestsicherung von 1050 Euro pro Monat ersetzt werden. Niemand soll unter Androhung von Strafe zur Arbeit gezwungen werden. Niemand soll unterhalb der Armutsgrenze leben müssen.

Wieder eine Gesetzeslücke

Kinder können bis zum Ende der Grundschule im Hort betreut werden. Danach beginnt ein nächster Schritt in die Selbständigkeit. Gut so. Was aber ist mit Kindern, die auf Grund gesundheitlicher Einschränkungen nicht allein bleiben können? Kinder, die im Rollstuhl sitzen oder andere schwere Behinderungen ha-

ben. Für berufstätige Eltern oder Alleinerziehende ein riesiges Problem. Selbst wenn die gesamte Urlaubszeit getrennt genutzt wird, können die Ferienzeiten nicht abgedeckt werden.

Die tägliche Arbeitszeit steht dem auch entgegen. Eine sogenannte Gesetzeslücke steht faktisch gegen die elterliche Berufstätigkeit. DIE LINKE hat auf einen Brief reagiert, der im Herbst von betroffenen Eltern an alle Fraktionen geschickt wurde. Über

ein Antragsverfahren soll eine Cottbuser Regelung gefunden werden, bis endlich Bundes- und Landespolitik ihrer Verantwortung nachkommen. Ein gemeinsames Handeln mit dem Spree-Neiße-Kreis wird angestrebt, da an der Spree-Schule diese Kinder gemeinsam lernen. Es sind nur wenige Betroffene. Sie brauchen unsere Solidarität.

Eberhard Richter

Gespräch mit Bundespräsident Steinmeier

Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier besucht die Stadt Cottbus und führt Gespräche mit der Stadtpolitik über die aufgeheizte Stimmung. Über Erörterungen hinaus sind dabei wohl keine Ergebnisse zu erwarten – Der Schlüssel zur Lösung von Problemen liegt bei anderen.



Nachdem Steinmeier im Februar Vertreter aus der Stadt Cottbus im Schloss Bellevue, seinem Berliner Amtssitz, empfangen hat, stattete der

Bundespräsident am 23. Juni 2018 unserer Stadt einen Besuch ab. Unter anderem nahm er an der Festveranstaltung anlässlich des 20. Jubiläums des Netzwerks Tolerantes Brandenburg teil. Außerdem traf er sich am Nachmittag mit dem Oberbürgermeister, dem Ministerpräsidenten sowie Vertretern aller Fraktionen in der Stadtverordnetenversammlung zu einem Gespräch.

Cottbus ist in den vergangenen Monaten wiederholt in der überregionalen Presse mit negativen Schlagzeilen aufgefallen. Es ist begrüßenswert, dass sich das Staatsoberhaupt hierzu lieber selbst ein Bild vor Ort machen möchte, statt sich auf mediale Zerrbilder zu verlassen.

So wichtig ein solcher Austausch sein mag – die Ursachen für die aktuellen weltweiten Fluchtbewegungen werden dadurch nicht behoben. Hier ist die Bundesregierung zu einer Kehrtwende in ihrer Politik aufgerufen. So

sind ein Verbot von Waffenexporten und die Rückkehr zu einer friedlichen Außenpolitik überfällig. Auch die Handelspolitik der Europäischen Union ist ein wichtiger Faktor für die anhaltende Armut in vielen Entwicklungsländern und somit für eine Fluchtursache.

Die aktuellen Diskussionen auf europäischer Ebene über mehr Abschottung und die Einrichtung von Lagern außerhalb der EU gehen daher auch in die falsche Richtung. Die Ursachen dafür, dass so viele Menschen aktuell nach Europa wollen, werden nicht behoben. Städte wie Cottbus müssen die resultierenden Herausforderungen meistern und kommen dabei kaum hinterher.

Ich hoffe, der Bundespräsident hat – trotz seines kaum vorhandenen Einflusses auf die Tagespolitik – diese Botschaft mit nach Berlin genommen.

André Kaun, Fraktionsvorsitzender

Beirat für Migration und Integration

Die Fraktionen Bündnis90/DIE GRÜNEN und DIE LINKE haben einen Antrag in die Stadtverordnetenversammlung zur Gründung eines Beirates eingebracht, der sich mit Fragen der Zuwanderung und der Integration dieser Menschen in unsere Stadt befassen soll. Dieser Beirat, bestehend aus sieben Vertretern verschiedener

Herkunftsländer und fünf Akteuren, die im Bereich der Integration aktiv sind, soll die Stadtpolitik beraten. Solche Beiräte arbeiten seit Jahren für Senioren und auch für Menschen mit Behinderungen.

Rund 8.000 Menschen nichtdeutscher Herkunft leben z.Z. in unserer Stadt. Das sind etwa 4.000 Flüchtlinge und über 4.000 Studenten, jüdische Migranten, EU-Ausländer, die hier arbeiten, Ehepartner von Deut-

schen usw. Solch ein Beirat gibt ihnen Stimme und Aktionsmöglichkeit in beide Richtungen. Sowohl Stadtpolitik wie auch ihre eigenen Vertretungen in Vereinen und Organisationen sollen davon partizipieren. Informationen, Anforderungen, Vorstellungen, Erwartungen aller Seiten kommen in einen Austausch miteinander.

Die Mitarbeit ist rein ehrenamtlich.

Redaktion

DIE LINKE arbeitet am Kommunalwahlprogramm

Kommunalwahlen stehen an. Am 26. Mai 2019 wird eine neue Stadtverordnetenversammlung gewählt. Als Auftakt führte DIE LINKE Cottbus eine Gesamtmitgliederversammlung durch. Neben der Aussprache zur Arbeit der Partei und aktuellen Er-

eignissen setzten sich Arbeitsgruppen zu verschiedenen Themen zusammen, die in der Kommunalpolitik wichtig sind.

Unsere Mitglieder wohnen in Cottbus. Sie erleben ihre Stadt täglich und wissen, wo Aufgaben auf Lösungen warten. Probleme, Ideen und Vorschläge wurden in lebhafter Diskussion zusammengetragen. Sicher war auch das eine oder andere dabei, was über die Möglichkeiten der Stadtpoli-

tik hinausreicht. Es sind aber allemal Fakten, die Beachtung finden müssen. Bis zum Herbst wird es einen Entwurf des Dokumentes geben, mit dem wir in den Wahlkampf gehen, mit dem wir um Ihre Stimmen werben werden.

DIE LINKE ist natürlich auch für Ihre Vorschläge offen. Sagen Sie uns, wo „der Schuh drückt.“

Melden Sie sich zu Wort!

AfD – Rattenfänger?

Bei der Dialogveranstaltung des Oberbürgermeisters in der Oberkirche bezeichnete ein alter Gewerkschafter die Organisatoren der Kundgebungen von AfD, Zukunft Heimat usw. als „Rattenfänger“. Die Chefin der Cottbuser AfD empörte sich darüber lauthals. Sie unterstellte ihm, er bezeichne die Teilnehmerinnen und Teilnehmer an diesen Veranstaltungen als Ratten. Aber, im Märchen sind es doch nicht Ratten, die dem flötenspielenden Fänger zuletzt folgen, sondern verführte Kinder. Bei Grimms Märchen nicht aufgepasst?

Am 18. Juni hatte diese AfD zu einer Veranstaltung ins Stadthaus eingeladen. Der Chefredakteur von „Compact“, Herr Elsässer und der Landesvorsitzende Herr Kalbitz besetzen das Podium. Der Saal war gut mit Anhängern gefüllt. Nur wenige werden wohl mit kritischem Sinn, so wie ich, darunter gewesen sein. Erst wollte man mich nicht reinlassen, aber meine Hartnäckigkeit zahlte sich aus.

Was dann im vollbesetzten Saal ablief, hat mich schwer erschüttert. Verbrechen, vier Morde, geschehen in den letzten Monaten, wurden in ekelhafter Weise instrumentalisiert. Sie dienten als Ausgangspunkt zu ungehemmter Hetze gegen Menschen, die

in Deutschland bzw. Europa Schutz und Hilfe suchen. Es war die Rede von „jungen syrischen Deserteuren, die breitbrüstig die Bürgersteige beherrschen, so dass deutsche Frauen die Straßenseite wechseln müssen“.



In der Cottbuser Mühlenstraße suchen AfD und rechte Demagogen nun auch räumlich den Schulterchluss

Für welche der Kampfparteien in Syrien sollten denn die Jungs zum Mörder werden oder sich umbringen lassen? Vom Podium war nicht die Spur eines Gedankens zu vernehmen, woher die Waffen in diesem Krieg kommen, wer durch unfairen Handel Volkswirtschaften in Afrika zerstört. Welcher Mensch versucht denn nicht, sein Leben und das seiner Familie zu sichern?

Ein Herr aus dem Publikum redet von seiner Zukunftsangst mit Blick auf

den desolaten Zustand der Sozialsysteme in Deutschland. Ja, er hat recht. Die Rente ist eben nicht sicher! Er sagte nicht, dass die Flüchtlinge die Unsicherheit hervorbringen – aber im Kontext der Veranstaltung stand es so im Raum. War die Rente vor fünf Jahren sicherer als heute? Liegt eine Lösung nicht eher darin, dass endlich alle, auch die Beamten und andere Gutverdiener ins Rentensystem einbezogen werden? Die Rentenbeiträge gehen in kein Sparsäckel. Was heute eingezahlt wird, wird heute ausgezahlt. Auch dazu keine Richtigstellung von den Akteuren des Abends.

Würden sie dann vielleicht auf den Gedanken kommen, dass in der Zuwanderung vielleicht auch die Chance liegt, dass in Zukunft die Relation von Einzahlern und Nutznießern bei Renten sich besser darstellt? Das geht aber nur, wenn Integration gelingt. Haben wir hier nicht berechtigtes Interesse und eine gemeinsame Aufgabe?

Eberhard Richter

P.S. Ein jüngerer Mann, der auch anwesend war, sagte mir danach: Ich habe es zwar nicht erlebt aber ich kann mir vorstellen, dass es sich so ähnlich 1933 in Deutschland anhörte.

Ein Sicherheitszentrum für Cottbus

„In Cottbus gab es bis zum Jahr 2007 in der Mauerstraße eine zentrale City-Wache. Das Aus der kleinen Polizei-Außenstelle aus Kostengründen war damals sowohl von den Cottbuser Bürgern als auch von den Stadtpolitikern hart kritisiert worden...“ (LR 13.6.18; S.13)

Im April dieses Jahres stellte die Cottbuser LINKE den Antrag, die Stadtverwaltung möge die Einrichtung einer „City-Wache“ prüfen. In der Begründung heißt es: „Diese Anlaufstelle soll den Einwohnern von Cottbus

die Möglichkeit geben, Anliegen den Sicherheits- und Ordnungsbehörden persönlich vorzutragen bzw. mit ihnen zu klären. Sie soll unmittelbar im Stadtzentrum angesiedelt und Wochentags besetzt sein. Damit wird ein Beitrag zur weiteren Stabilisierung von Ordnung und Sicherheit in Cottbus geleistet. Das Sicherheitsgefühl wird gestärkt.“ Die Stadtverordnetenversammlung beschloss mehrheitlich diesen Antrag.

Es gab auch in der Öffentlichkeit die Frage, ob das was bringt. Ja, obwohl

die Kriminalstatistik keinen Anlass zur Beunruhigung ergibt, sind Unsicherheitsgefühle bei Menschen vorhanden. Die müssen ernst genommen werden.

Starke Emotionen drängen die Ratio zurück. Das gilt im Positiven, wie im Negativen. Die Bundesfamilienministerin Franziska Giffey brachte es auf den Punkt: „Emotion bricht Fakt“. Bin ich beunruhigt, verängstigt oder verunsichert, braucht es sehr gute Argumente, damit ich wieder Vertrauen finden kann.

Brita Richter

Linksfraktion im Bundestag fordert Verbesserung der deutsch-russischen Beziehungen

Seit dem Jahr 2014 haben westliche Staaten umfangreiche Sanktionen gegen Russland eingeführt. Als Auslöser gilt der Konflikt um die Halbinsel Krim. Während die Situation bis heute unverändert ist und die Sanktionen als weitgehend gescheitert gelten, haben sich die Handels- und politischen Beziehungen zwischen der Europäischen Union und Russland seitdem deutlich verschlechtert.

Der wirtschaftspolitische Sprecher der Fraktion DIE LINKE im Deutschen Bundestag, Klaus Ernst, fordert deshalb ein Ende der EU-Sanktionen: „Es sind nicht nur die US-Sanktionen, die in unerträglicher Weise das Russland-Geschäft deutscher und europäischer Unternehmen belasten, sondern auch die wirkungslosen europäischen Sanktionen gegen Russland. In Zeiten großer politischer Spannungen spielen verlässliche Wirtschaftsbeziehungen eine umso wichtigere Rolle, denn sie wirken stabilisierend und friedensstiftend. Daraus folgt: Deutschland muss im

Hinblick auf Russland eigene und europäische Interessen vertreten, statt sich von den USA weg von Russland drängen zu lassen.“

Außerdem schlägt Ernst vor, dass sich die Bundesregierung innerhalb



der EU dafür einsetzt, wieder zu einer Handelspolitik mit Russland zurückzukommen: „Die Bundesregierung sollte endlich das Ende der Russland-Sanktionen der EU herbeiführen. Sie haben ihren politischen Zweck nicht

erfüllt und wirtschaftlich großen Schaden angerichtet. Gleichzeitig muss die extraterritoriale Anwendung der US-Sanktionen etwa auf europäische Unternehmen weiter konsequent abgewiesen werden.

Es dient nur US-amerikanischen Interessen, die ihr eigenes Gas in Europa verkaufen wollen, wenn die Erdgaspipeline Nord Stream 2 nicht gebaut wird. Ich unterstütze die Position des Ost-Ausschusses der Deutschen Wirtschaft, diese Pipeline auch gegen den Willen der US-Administration zu bauen und zu betreiben.“

Das Magazin „Foreign Policy“ hatte unter Berufung auf „Quellen aus dem Weißen Haus“ berichtet, dass die Trump-Regierung Unternehmen sanktionieren wolle, die an Nord Stream 2 beteiligt sind. In der Europäischen Union wird währenddessen kontrovers über die Fortführung oder Einstellung des Projekts diskutiert.

Redaktion

Panzer rollen Richtung Osten

In den letzten Monaten fast schon ein vertrautes Bild: US-Amerikanische Panzer und anderes Kriegsgerät rollt auf Zügen Richtung Polen und weiter.



Panzer gehören zu konventionellen Angriffswaffen. Im Juni wurde ein Manöver mit 18.000 Soldaten (LR vom 04.06.18) nahe der russischen bzw. weißrussischen Grenze abgehalten.

Saber Strike -Säbelhieb wird die Serie von Kriegsspielen genannt. Trainiert werden Angriffshandlungen, gemeinsam mit der US-Armee als NATO-Partner.

Der Armee eines Partners, der in Kriege in der halben Welt engagiert ist. Der Armee eines Präsidenten, der als Prototyp der Unberechenbarkeit gilt – oder der Berechenbarkeit, wenn es um egoistische Interessen der Noch-Weltmacht USA geht.

Das Bild dieser Armee ist für mich vor allem durch den Vietnam-Krieg geprägt. Die Bombardements grenzten an Völkermord, mehr Bombenlast auf das kleine Vietnam als auf das faschistische Deutschland im

Zweiten Weltkrieg. Die gezielte Auslöschung ganzer Dörfer durch Napalm. Bis heute ungesühnte Verbrechen. Geprägt auch durch das Engagement in Afghanistan mit der Aufpöpelung der Taliban. Und – wer erinnert sich nicht an den fingierten Grund zum Beginn des Irak-Krieges. Es macht mir Angst, wenn diese Panzer über unsere Schienen rollen. Für diese Militärs und ihre Hintermänner wären auch meine Familie und ich nur Futter für Kollateralschäden.

Hat von denen schon mal einer über vertrauensbildende Maßnahmen und Engagement für friedliche Lösungen nachgedacht? Aber das bringt ja keine Gewinne für die Rüstungsindustrie!

Eberhard Richter

Gute Gesundheitsversorgung für alle – Krankenhäuser retten und mehr Personal durchsetzen

Ein Gespräch mit dem Parteivorsitzenden der LINKEN, Bernd Riexinger

Red.: Vielen Krankenhäusern geht es wirtschaftlich schlecht. Was kann gegen Schließungen und Privatisierung unternommen werden?

in den letzten Jahren stark gestiegen, sie „rechnen sich“. Geburtsstationen dagegen werden oft geschlossen. Die Bundesregierung hat in den letzten Jahren gezielt die Weichen dafür gestellt, die Krankenhäuser der Logik von Profit statt Bedarf zu unterwerfen. Die LINKE hält dagegen: Kran-

sorgung sicherzustellen! Das Geld dafür ist vorhanden, aber die Bundesregierung investiert lieber in Ausrüstung der Bundeswehr statt in die Krankenhäuser und sie hat nicht den Mut dazu, Millionäre endlich gerecht zu besteuern.

Red.: Was will die LINKE für eine bessere Gesundheitsversorgung in ländlichen Regionen tun?

Auf dem Land fehlen häufig (Fach-)Ärzte, in manchen wohlhabenden Stadtteilen gibt es eine hohe Dichte an Fachärzten. Wir wollen dafür sorgen, dass die Ärzte bundesweit besser und gerechter verteilt werden. Mobile Arztbusse und regionale Versorgungszentren sind zusätzlich sinnvoll. Die LINKE sieht flächendeckende gute Gesundheitsversorgung für alle Menschen als Aufgabe des Staates an. Wir wollen die Kommunen auch finanziell stärken und Gemeinden unterstützen, die kommunale Gesundheits- und Pflegeeinrichtungen betreiben oder aufbauen.

Menschen vor Profite:

**Pflegenotstand
stoppen!**

kenhäuser sollen nicht Profit machen, sondern die Bevölkerung versorgen.

Wir fordern die Abschaffung des Fallpauschalen-Systems und eine

Bernd Riexinger: 2015 waren noch 580 von 1.956 Krankenhäusern in Deutschland in öffentlicher Hand – es wird immer weiter privatisiert. Das System der Fallpauschalen (DRG) führt dazu. Je nach Diagnose wird pauschal Geld gezahlt. Manche Diagnosen „lohnen“ sich nach dieser Logik mehr, andere weniger: Die Zahl der Hüftoperationen zum Beispiel ist

Finanzierung, die sich am Bedarf und den Bedürfnissen der Menschen orientiert statt am Profit. In den Krankenhäusern fehlen Investitionen in Höhe von mindestens 50 Milliarden Euro. Das muss sich ändern: die Bundesregierung muss dringend Geld bereitstellen, um Schließungen und Privatisierung zu verhindern und überall eine gute Krankenhausver-

Aufruf: Menschen vor Profite – Pflegenotstand stoppen!

Gemeinsam haben wir erreicht, dass die Große Koalition den gesetzlichen Personalschlüssel für die Pflege in den Koalitionsvertrag mit aufgenommen hat. Jetzt gilt es, Druck zu machen auf Kanzlerin Merkel und Gesundheitsminister Spahn, den Pflegenotstand in Krankenhäusern und Pflegeeinrichtungen endlich zu stoppen.

Frau Merkel, in deutschen Krankenhäusern fehlen 100 000 Pflegekräfte.

Das bedeutet: zehntausende vermeidbare Unfälle und Todesfälle, mangelnde Hygiene und unzumutbarer Stress für die Beschäftigten.

In der Altenpflege fehlen mindestens 40 000 Stellen. Das Leben in den Pflegeheimen ist für viele alte Menschen unerträglich. Die Arbeit mit Menschen muss uns mehr wert sein: **Kein Lohn in der Altenpflege darf unter 14,50 Euro pro Stunde liegen.**

Ich fordere Sie auf: Handeln Sie! Ihr Gesundheitsminister Spahn muss einen gesetzlichen Personalschlüssel in der Pflege endlich umsetzen und die Arbeitsbedingungen und Löhne deutlich verbessern.

Diesen Aufruf können Sie unter www.pflegenotstandstoppen.de unterzeichnen.

Ein Park mit Geschichte

Wann waren Sie das letzte Mal im Park auf dem Gelände der Cottbuser BUGA von 1995? Für einen Euro Eintritt, der aus steuerlichen Gründen erhoben werden muss, kann man sich an gepflegten Anlagen erfreuen und die Seele baumeln lassen. Der Tertiärwald ist zu jeder Jahreszeit ein besonderes Erlebnis. Das Park-Café lädt zu einer kulinarischen Pause ein.

Wenn Sie vor 1980 geboren sind, können sie sich vielleicht noch an den Park vor der BUGA erinnern. Das heutige Café war Teil einer Küche, der Küche des Bezirksspionierparks. Fünf „Dörfer“ – kleine Holzhäuser beherbergten in der warmen Jahreszeit Kinder unserer Stadt oder von weit her. Im Mai, Juni und September gab es für 2. und 3. Klassen aus Cottbuser Schulen die Möglichkeit hier romantisches Lagerleben und Unterricht miteinander zu verbinden.

Einige Hütten waren Unterrichts-räume. Falls es doch Anfälle von Heimweh bei den Kleinen gab, wa-



Cottbus gemeinsam mit Gruppen aus den Partnerstädten Kosice, Targowische und Tirgu Jiu die Nutzer. Gemeinsame Ferien mit Freunden aus der damaligen CSSR, Bulgarien und Rumänien. Es war ein Austausch, der auf bezirklicher Ebene organisiert wurde. Immer 27 Kinder betreut von drei Erwachsenen fuhren in die je-

immer den Gegenwert auf die Hand. Sicher werden sich noch einige Cottbuserinnen oder Cottbuser an die abenteuerlichen Zugfahrten bis nach Rumänien oder Bulgarien erinnern.

Im zweiten Durchgang war der Freundschaftszug aus Lipezk zu Gast. Ebenfalls 100 Schüler aus dem Bezirk fuhren zur gleichen Zeit in die russische Partnerstadt. Gemeinsame Ferienerlebnisse, bei denen die meist nicht sehr üppigen Sprachkenntnisse einmal angewendet werden konnten.

Der dritte Durchgang war Kindern vorbehalten, die wegen ihrer Nierenerkrankung regelmäßig zur Dialyse mussten. Die Nähe des Cottbuser Krankenhauses ermöglichte auch ihnen unbeschwerte Ferienabenteuer in einer schönen Umgebung. Entstanden war dieser Park für Kinder in der 50er Jahren im NAW. Das Nationale Aufbauwerk war eine Aktion, in der durch freiwillige, unentgeltliche Arbeit viele Einrichtungen des Gemeinwohls entstanden. Auch die heutige Parkeisenbahn und der Tierpark.



ren Mutti und Vati nicht weit. In den Sommerferien gab es drei Belegungsdurchgänge. Die ersten drei Wochen waren immer Kinder aus dem Bezirk

weilige Partnerstadt. Also auch unsere Kinder dorthin. Die Eltern zahlten nur das Taschengeld in Höhe von 50 Mark. Dafür gab es dann im Gastland

Heute blüht und grünt es hier. Erinnerungen sind gut aufgehoben.

Eberhard Richter

Cottbuser Umland

3 Millionen Euro Kosten und keine Lösung

Haltpunkte Kolkwitz, Kunerdorf und Raddusch bleiben für Berufspendler abgehängt

Zwei Jahre sollten Kolkwitz und Raddusch nach den Worten der Verkehrsministerin von der schnellen Anbindung nach Berlin abgehängt werden. Nach Ablauf des dritten Jahres hat Sie jetzt entschieden, dass ihre Idee eines Pendelzuges als einzig wahrhaft und machbar umgesetzt wird.

Diese löst nach ihren eigenen Worten nicht das Problem der Berufspendler von und nach Berlin aus Kolkwitz, Kunersdorf und Raddusch. Voller erstaunen durften die Bürger*innen auf der VBB-Veranstaltung im Mai 2018 in Lübben jedoch vernehmen, dass dafür auch noch der Schienenersatzverkehr für diese gebeutelten Berufspendler gestrichen werden soll.

Der zweistündige Pendelzug zwischen Cottbus und Lübbenau wird ca. 3 Mio. € kosten und hat keinerlei Anbindung an den RE2 (deshalb auch im Volksmund bereits als „Spreewaldbummelguste“ bezeichnet). Wenn nicht genügend Fahrgäste zusammenkommen, wird diese Bahn-



idiotie nach der Landtagswahl 2019 wieder beendet. Die Ministerin mit dem Parteibuch der SPD in der Tasche hat eine Variante entschieden, die bereits zweimal von den betroffenen Menschen – auch aus der Touristenhochburg Raddusch – abgelehnt worden war. Selbst die angedachte Beratung der Verwaltungen als Teil des „Runden Tisches der Bahnregion“ im März 2018 in Vetschau zu diesem Thema war durch ihre Verkündungsfarce verkommen.

Wen wundert es, dass wir Bürgerinnen und Bürger uns verarscht vor-

DIE LINKE vor Ort in Kolkwitz kann das, was das Verkehrsministerium verbockt, nicht heilen. Wir gehören jedoch seit Anbeginn zum Aktiv der Bürgerbewegung und haben Bürgermeister sowie Gemeindevertretung gebeten, die Parkplatzmöglichkeiten, besonders am Haltepunkt Kolkwitz Nord, mit minimalem finanziellem Aufwand zu verbessern.

Auch hier hat die Bahn dafür gesorgt, dass es faktisch keine Abstellflächen für PKW mehr gibt.

*Gerd Bzdak
Gemeindevertreter LINKE Kolkwitz
Sprecher Bürgerinitiative Haltepunkte*

DIE LINKE fordert koordinierte Schulentwicklungsplanung

Cottbus verfügt über alle notwendigen Schulformen. Im Umland ist das nicht so. Konsequenz: oft sehr lange Schulwege. Z.B. fahren Kolkwitzer Kinder nach Vetschau oder Drebkau-er nach Welzow. Schüler bewerben sich auch an Cottbuser Schulen. Das Ergebnis:

113 Ablehnungsbescheide haben von der „Theodor Fontane Gesamtschule Cottbus“ die Schüler/ Eltern erreicht. Auch im sogenannten Ü11 Verfahren

gab es Ablehnungen, vor allem für Bewerber aus dem ländlichen Umland. Natürlich hat es auch Kinder aus den Cottbuser Stadtteilen getroffen, die ebenfalls zu weit weg von der „Fontaneschule“ ihren Wohnsitz haben.

Die Eltern haben nur noch wütende Kommentare für die erneut vertane Chance übrig und fragen nach persönlichen Konsequenzen. Dem stimmen auch immer mehr praktisch tätige Pädagogen zu.

DIE LINKE fordert: Gleiche Bildungschancen für alle Kinder! Die Verwaltungen der Stadt Cottbus und des Landkreises müssen, gemeinsam mit dem staatlichen Schulamt, endlich zu abgestimmten Lösungen kommen. Das Spiel mit den Eltern und deren Kindern kann so nicht weiter gehen.

*Gerd Bzdak
Projektgruppenmitglied
„Weiterführende Schule Kolkwitz“*

Atomwaffenverbotsvertrag unterzeichnen

Solange es Atomwaffen gibt, bedroht nukleare Abschreckung, egal durch und gegen wen, gekoppelt mit irrationalem Verhalten von Politikern, die gesamte Menschheit.

Deshalb müssen Atomwaffen ohne Ausnahme überall geächtet und abgeschafft werden.

Anlässlich des diesjährigen Hiroshima-Tages, der die Menschheit mahnt, die Gefahren des Atomtod zu bannen, rufen wir die Cottbuser Bürgerinnen und Bürger auf, der Forderung nach Beitritt der Bundesrepublik Deutschland zum Atomwaffenverbotsvertrag ihre Unterstützung durch Unterschrift zu geben.

**6.8.2018 ab 17 Uhr
„Hiroshima mahnt“
Cottbus,
Stadthallenvorplatz**

FRIKO Cottbus

Zuhören, beraten, helfen wo ich kann...



einen Beratungstermin zu erhalten.

Mit uns konnte manches Problem gelöst werden. So wurden zum Beispiel Nachforderungen des Jobcenters in Spree-Neiße hinfällig, da Fristen nicht eingehalten und der Mitarbeiter der Leistungsabteilung ca. 6 Jahre Rückforderungen vergaß.

Seit dem Juni 2018 finden unsere Sozialen Bürgerberatungen wieder regelmäßig statt. In den vergangenen Monaten war es aus beruflichen Gründen nicht so verlässlich möglich, denn unsere Beratungen sind nicht nur kostenfrei, sondern auch ehrenamtlich.

Neu ist unser Fachwissen im Bereich der Pflege, unser neues Mitglied im Beratungsteam hat viele Jahre in der Pflege und als Einrichtungsleiterin gearbeitet. Damit hat sich unser Spektrum für hilfeschuchende Bürger erweitert.

Am 24. August 2018, wird in unseren Räumen der Kreisgeschäftsstelle Heiko Kosel, MdL in Sachsen und Rechtsanwalt, unsere Beratung juristisch fundiert begleiten. Hierfür ist es möglich, unter Tel. 0355 22440

Bei einer internen Prüfung entdeckte man den eigenen Fehler und versuchte die ehemalige Kundin des Jobcenters zur Kasse zu bitten. Nach einigen Anrufen konnte dieser Fall geklärt werden und die Nachforderung wurde hinfällig.

Natürlich hören wir Ihnen zu, denn viele Fragen bekommen wir weder in der Presse, noch in den Medien beantwortet. Hier ist es oft hilfreich, gemeinsam darüber zu reden. Auch wir sind auf Gespräche mit dem Bürger angewiesen. Nur so erfahren wir, was Sie bewegt.

Wir freuen uns auf Ihren Besuch, um zuzuhören, zu helfen und zu diskutieren.

*Birgit Mankour
AG Soziales*

„Links.Blick“-Abo

Verpassen Sie keine Ausgabe unserer Zeitung. Mit dem Abo bekommen Sie den „Links.Blick“ immer nach Hause geschickt. Hierfür bitten wir um eine Spende von 24,00 Euro im Jahr. Unsere Kontaktdaten finden Sie im Impressum.

Ihre Meinung ist gefragt!

Gern können Sie sich mit Hinweisen und Leserbriefen an uns wenden. Interessante Lesermeinungen veröffentlichen wir auch in unserer nächsten Ausgabe. Senden Sie einfach eine E-Mail an: linksblick@dielinke-lausitz.de

Impressum

Herausgeber:

DIE LINKE. Lausitz, Ortsvorstand Cottbus
03046 Cottbus, Straße der Jugend 114
Telefon: (03 55) 2 24 40

V.i.S.d.P.: Eberhard Richter
Redaktion: Christopher Neumann
Layout/Satz: André Kaun

E-Mail: info@dielinke-lausitz.de
homepage: www.dielinke-lausitz.de